

ung.  
 mehr als 10 ver-  
 gen, haben die  
 und landwirt-  
 sellen, Lehrlinge,  
 uen usw. am  
 1926  
 2-6 Uhr  
 r Prüfung vor-  
 Lohnlisten mit  
 mittags  
 n und alle un-  
 nen Tagelöhner,  
 und Ernte-  
 und Aushilfs-  
 sowie die in  
 Wäscherinnen,  
 Zugerinnen) zu  
 vorzuzeigen und  
 er Beschäftigung  
 versicherungs-  
 vorschritten  
 Württemberg  
 sicherte durch  
 von 1000 Mark  
 en angehalten  
 rd bereitwilligst  
 e  
 Württemberg.  
 den:  
 ehrlinge  
 und Wohnung  
 erlehring  
 hrling  
 u. Wohnung:  
 uerlehring  
 iedlehring  
 chleiferlehring  
 hmedlehring  
 hrling  
 aderlehring  
 erlehring  
 erlehring  
 Calw  
 sberatungsstelle  
 Tel. 174  
 Juli 1926.  
 B.  
 llnahme, die  
 ben Gatten  
 U  
 erzen Dank.  
 liebenen.  
 Nase - Ohr  
 stuttgart  
 Gartenstr. 50  
 (11-1, 3-6)  
 SSE  
 bung!

**Erscheinungsweise:**  
 Täglich mit Ausnahme  
 der Sonn- und Festtage

**Anzeigenpreis:**  
 a) im Anzeigenteil:  
 die Seite 15 Goldpfennige  
 b) im Reklameteil:  
 die Seite 50 Goldpfennige

Auf Sammelanzeigen  
 kommen 50% Zuschlag

Für Platzvorschriften  
 kann keine Gewähr  
 übernommen werden

**Verlagsort:**  
 Calw



**Bezugspreis:**  
 In der Stadt 40 Goldpfennige  
 wöchentlich mit Trägerlohn  
 Post-Bezugspreis 40 Gold-  
 pfennige ohne Bestellgeld

Schluss der Anzeigen-  
 annahme 3 Uhr vormittags

In Fällen höherer Gewalt  
 besteht kein Anspruch auf Lieferung  
 der Zeitung oder auf Rückzahlung  
 des Bezugspreises

**Gernsprecher Nr. 9**

**Verantwortl. Schriftleitung:**  
 Friedrich Hans Schöle  
 Druck und Verlag  
 der A. Oelschläger'schen  
 Buchdruckerei.

Nr. 153

Montag, den 5. Juli 1926

101. Jahrgang

**Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw.**

## Nach der Vertagung.

**Die Aufgaben der Preußenkoalition.**

Berlin, 5. Juli. Der Abschluß der langwierigen Kämpfe um die Fürstenabfindung vor dem Reichstag ist allen Koalitionsparteien doch wie eine Erlösung gewesen, wenn man auch allenthalben den Anschein zu erwecken versucht, als sei man nach wie vor unzufrieden. In Wirklichkeit aber liegen die Dinge so, daß alle beteiligten Kreise bereits eingesehen haben, daß die gefundene Lösung doch die beste war und es noch wesentlich schlimmer hätte kommen können. Die Stimmung in den Koalitionsparteien ist ziemlich einheitlich. Man hofft, in den Monaten der Reichstagspause die vermögensrechtliche Auseinandersetzung mit den Hohenzollern so weit bringen zu können, daß der Reichstag nach seinem Wiederauftreten im November nur noch leichte Arbeit haben wird. Um aber dieses Ziel zu erreichen, wird es Sache der preussischen Regierung und der Preußenkoalition sein, die entsprechenden Schritte zu unternehmen. Wenn wir richtig unterrichtet sind, hat man noch am Freitag nachmittag, unmittelbar nach der Zurückziehung der Regierungsvorlage Schritte unternommen, um die preussischen Regierungsparteien dazu zu bewegen, nicht mehr lange zu zögern, sondern möglichst rasch an die ihrer harrende Aufgabe heranzugehen. Im Zentrum besteht nach wie vor der ernsthafte Wille, die vermögensrechtlichen Auseinandersetzungen in einer Weise zu Ende zu führen, die einer weiteren Beunruhigung des deutschen Volkes den Boden entzieht.

Die starke Verklammerung des gesamten Zentrums gegen die Sozialdemokraten besteht allerdings vorläufig noch fort, wird wohl aber nicht so weit gehen, daß sie den preussischen Sozialisten möglicherweise eine Handhabe gibt, nun auch ihrerseits in das Fahrwasser der Reichstagsfraktion einzuschwenken. In Preußen vertreten bekanntlich die Sozialdemokraten den Standpunkt, daß der Vergleich, wie er bereits fix und fertig vorliegt, den Interessen des Staates in jeder Beziehung Rechnung trägt, sobald einer Annahme durch den Landtag nichts im Wege stehe. Ministerpräsident Braun hat auch für diesen Standpunkt im Reichstag gekämpft, konnte jedoch gegenüber der radikalistischen Richtung nicht durchdringen.

**Sofortige Vermögensauseinandersetzung zwischen Preußen und den Hohenzollern gefordert.**

U Berlin, 5. Juli. Im preussischen Landtag ist folgender

Antrag Dr. von Campe (D.V.) eingegangen: Nachdem der Versuch, die Fürstenabfindung im Reichstag zu regeln, schiefgeschlagen ist, wolle der Landtag beschließen: Das Staatsministerium wird aufgefordert: 1. schleunigst eine Vermögensauseinandersetzung zwischen dem preussischen Staat und den Hohenzollern herbeizuführen; 2. während der Dauer der Verhandlungen den Hauptausfluß auf dem Laufenden zu halten.

**Weitere Pressestimmen zur Zurückziehung der Fürstenvorlage.**

U Berlin, 4. Juli. Das „Berliner Tageblatt“ schreibt: Wenn die Sozialdemokraten die Politik der Agitation fortsetzen, dann verhindern sie eine geschliche Lösung der Fürstenfrage und sie verhindern die Bildung einer republikanischen Koalition. — Die „Vossische Zeitung“ meint, im Herbst werde die Sozialdemokratie hoffentlich begreifen, daß die Entscheidung über das Abfindungsgeheuch auch gleichzeitig die Entscheidung darüber bedeutet, wie und mit wem in den nächsten Jahren in der deutschen Politik regiert werde. — Nach Auffassung der „D. N. Z.“ ist die Rücknahme des Abfindungsgeheuchs durch die Regierung eine Notlösung. Es müsse entweder gelingen, in absehbarer Zeit, da, wo die Auseinandersetzung noch aussteht, Vergleichsstände zu bringen, oder die Regierung müsse rechtzeitig eine Vorlage vorbereiten, die von vornherein auf Annahme durch eine bestimmte Mehrheit zugeschnitten sei. Das Volk habe ein Recht, endlich vor diesem ruhelosen Gespenst der Hege und der Agitation Frieden zu finden. — Die „Börsenzeitung“ meint: Die deutsche Verhöhung des Parlaments habe ihren Höhepunkt erreicht. Wenn im September über den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund entschieden sei, dann werde sich hoffentlich die große Rechte zusammenfinden. — In der „Kreuzzeitung“ schreibt Abg. Dr. Goering, ein großer Aufwand sei schmächtig vertan, nur um eine Frage zu „beraignen“, die in Preußen am 12. Oktober 1925 mit demokratischer Unterschrift und sozialdemokratischer Zustimmung im Vergleichsweg erledigt war und sich in Thüringen auf gleichem Wege schnell erledigen ließ. Die preussische Regierung müßte die Folgerungen daraus ziehen, um die Ruhe wieder herzustellen, auf die das Volk Anspruch habe. — Die „Deutsche Tageszeitung“ sagt: Die Zurückziehung des Geheuchwurses sei letzten Endes nichts weiter als die Abwehr des Terrors, der im Parlament und auf der Straße von links her gegen den Staat anbräutet.

## Wichtige Reden von Dr. Stresemann und Stegerwald.

**Dr. Stresemann über die Konsolidierung der deutschen Verhältnisse seit der Revolution.**

U Hannover, 5. Juli. Auf einer Kundgebung der deutschen Volkspartei Hannover-Ost auf dem Dobroch sprach der Reichsaussenminister Dr. Stresemann, der seinen Ausführungen die Idee der Konsolidierung der deutschen Verhältnisse seit dem Umsturz der Staatsform zugrunde legte und die Notwendigkeit der Mitarbeit am heutigen Staate als Pflicht für alle und als Ausdruck wahrer nationaler Gesinnung hervorhob. Sowohl aufsen- wie innenpolitisch hätten sich die Verhältnisse in Deutschland seit den Tagen des Jahres 1918 grundlegend geändert und gebessert. Trotz mancher Rückschläge werde das Volk in der Ausübung seiner verfassungsmäßigen Rechte sich denjenigen Parteien zuwenden, die für eine Festigung des Staates eintreten. Wer die heutige Zeit mit dem Werden des neuen Staates im Jahre 1919 vergleiche, der könne die Stärke dieses Umchwunges nicht leugnen. Dieselbe Konsolidierung gehe auf allen politischen Gebieten vor sich. Früher habe man sich in Deutschland gegenüber stets nur gewisser Drohungen bedient. Seine Teilnahme an den internationalen Verhandlungen habe fast nie unter dem Zeichen der Gleichberechtigung gestanden. Heute sei diese Periode überwunden. Deutschlands gleichberechtigte Mitwirkung an der Lösung der großen internationalen Frage werde als selbstverständlich angesehen und derselbe Völkerbund, der im Jahre 1919 Deutschlands Eintritt abgelehnt habe, habe selbst gewisse Schwierigkeiten mit großen, ihm angehörenden Nationen nicht gescheut, um sich die Mitarbeit Deutschlands zu sichern. Der Außenminister nahm dann Veranlassung, sich gegen die verschiedenen irigen Auffassungen zu wenden, die über das Dawes-Abkommen beständen und betonte im Zusammenhang mit der Forderung nach Revision des Dawesgulahtens, daß ein Volk, das durch den verlorenen Krieg tatsächlich arm geworden sei, auch nicht einen falschen Eindruck erwecken dürfe, wie das heute durch jene Maßnahmen der Groß-Städte geschehe, die sich bei der Schaffung öffentlicher Einrichtungen keine Beschränkung auferlegten, obwohl unsere tatsächlichen Verhältnisse Zurückhaltung forderten und die steuerlichen Belastungen weit überschritten sei. Auf die innerpolitischen Verhältnisse übergehend, betonte Dr. Stresemann, daß die deutsche Volkspartei ihren Charakter als nationale und liberale Partei niemals aufgeben dürfe; sie sei à ihrem ganzen Charakter nach zum Ausgleich der Gegensätze be-

stimmt und werde die in ihrem Programm festgelegten Gedanken der Ueberwindung der Parteigegensätze und der Zusammenfassung aller Kräfte trotz vieler Fehlschläge grundsätzlich weiterhin vertreten. Der Wiederaufbau Deutschlands könne niemals das Werk einer einzelnen Partei sein, sondern werde sich aus der Zusammenfassung aller hierzu in Betracht kommenden Kräfte ergeben.

Die Haltung, die die Sozialdemokratie eingenommen habe, sei nicht besonders verheißungsvoll. Wenn man auch eine Politik nach links machen wolle, so müsse man doch die Fühlung nach rechts aufrechterhalten. Treibe man eine Politik nach rechts, so könne man die Fühlung nach links nicht entbehren. Es sei nicht zu leugnen, daß der Völkerscheid ein Durcheinander in die Partei gebracht habe. Man habe nun die Aufgabe wieder Ordnung zu schaffen. In der anschließenden allgemeinen Aussprache, die eine lebhaft Beteiligung zeigte, sprachen noch Dr. Lensing-Dortmund und Reichskanzler a. D. Wirth. Dieser legte ein Bekenntnis zum Programm der Partei ab und betonte, daß zwischen der Fraktion und ihm keine grundsätzlichen Differenzen beständen. Es sei bestimmt zu erwarten, daß in nächster Zeit einige jezt noch offene Fragen erklärt würden. Dann stände seiner Rückkehr zur Fraktion nichts mehr im Wege. Im weiteren Verlauf seiner Rede streifte Wirth die außenpolitischen Fragen und unterstrich die vermittelnde Haltung, die das Zentrum einzunehmen habe um dem Radikalismus von rechts und links die Spitze abzugeben. In innenpolitischer Beziehung sei eine Aenderung des Wahlsystems anzustreben, da durch die Listenwahl zu wenig führende Männer in die Parlamente kämen. Reichsarbeitsminister Dr. Brauns, der darauf sprach, wies in seinen Ausführungen über soziale und politische Fragen besonders auf den starken Anteil des Zentrums bei den sozialen Erfolgen der letzten Zeit hin. Das Zentrum habe in diesen Dingen wesentlich demokratische Gedanken vertreten. Brauns stimmte jedem Parteimitglied freistellen, seine Auffassung bei sachlichen den Ausführungen Wirths zu, mit dem in außenpolitischen Dingen besonders volle Einmütigkeit bestesse. Er erklärte, man müsse Differenzen zum Ausdruck zu bringen.

**Eine Rede Stegerwalds.**

U Berlin, 5. Juli. Im Festsaal des preussischen Landtags trat gestern der Reichsparteiausschuß der deutschen Zentrums-

## Tages-Spiegel.

Dr. Stresemann sprach auf einer Kundgebung der Deutschen Volkspartei in Hannover über die Konsolidierung der deutschen Verhältnisse seit der Revolution.

Im Reichsparteiausschuß des Zentrums sprach Stegerwald für eine Politik der Fühlungnahme nach rechts und links.

Der frühere Reichskanzler Dr. Wirth hat seine Bereitwilligkeit erklärt, wieder in die Reichstagsfraktion des Zentrums einzutreten.

Der Sachverständigenbericht über die Frankensabilisierung ist im Wortlaut veröffentlicht worden. Der Bericht findet in der Öffentlichkeit eine ungünstige Aufnahme.

partei unter dem Vorsitz des Reichskanzlers Marx zusammen. Es waren mehr als hundert Delegierte aus dem ganzen Reich anwesend, unter denen man prominente Parlamentarier und ehemalige Minister bemerkte, unter anderem den Reichsarbeitsminister Dr. Brauns, die preussischen Minister Steiger und Hirtfelder, die Abgeordneten Wirth, Stegerwald, Lammers usw. Nach einleitenden Worten des Vorsitzenden Dr. Marx, der hervorhob, daß heute namentlich die Provinzen zu Wort kommen sollten, hielt Ministerpräsident a. D. Stegerwald ein fast einstündiges Referat über die politischen Tagesfragen, wobei er als Hauptproblem die Frage der Fürstenabfindung und der Fülle bezeichnete. Das Zentrum werde nach wie vor für seine Auffassung eintreten, daß die Auseinandersetzung mit den vormaligen regierenden Fürstentümern auf reichsgesetzlichem Wege geregelt werden müsse. Bei den Föllen handle es sich darum, einen Ausgleich zwischen den bisherigen niedrigen und den autonomen Sägen zu finden. — Da man leider annehmen müsse, daß in der nächsten Zeit die Arbeitslosigkeit noch anhalte, müsse man die Produktion für die Erwerbslosenfürsorge mehr als bisher in den Vordergrund stellen. Hierfür kämen namentlich drei Gebiete in Betracht: Landwirtschaft, Eisenindustrie und Baugewerbe. Ueber innerparteiliche Fragen äußerte sich Stegerwald dahin, daß sich das Zentrum weder nach rechts noch nach links ziehen lassen dürfe. Es sei bereit, mit allen Parteien Politik zu treiben, die die Staatsnotwendigkeiten anerkennen und in diesem Sinne handeln. Die große Koalition erscheine wohl zur Zeit als das Wichtigste.

**Ausbau des Reichskabinetts.**

Berlin, 5. Juli. Wie in parlamentarischen Kreisen verlautet, wird sich die Reichsregierung während der Ferien mit der Frage der eventuellen Neubesezung des Justizministeriums und des Ministeriums für die besetzten Gebiete beschäftigen, da man annimmt, daß die Bürde von drei miteinander verbundenen Ämtern der Reichskanzler auf die Dauer nicht tragen könne. Wie wir weiter hören, werden die im Bereich des Auswärtigen Amtes offen stehenden Personalfragen voraussichtlich in den nächsten Tagen ihre Erledigung finden. Der Reichsaussenminister tritt Ende der kommenden Woche einen Urlaub von mehreren Wochen an. Man nimmt an, daß die Entscheidung über die Personalfragen durch den Reichspräsidenten noch vorher erfolgen wird.

## Schweres Eisenbahnunglück bei Paris.

**18 Tote, 73 Verletzte.**

U Paris, 5. Juli. Der Schnellzug Le Havre-Paris ist am Samstag abend 22 Kilometer von Paris im Wald bei St. Germain entgleist. Der Zug, der auf einem Nebengleis fuhr, da am Hauptgleis Ausbesserungsarbeiten vorgenommen werden, hatte eine Stundengeschwindigkeit von 92 Km. In einer Kurve verließ die Lokomotive das Gleis und legte sich mit dem Tender auf die Seite. Der Stoß war fürchterlich. Zwei Waggons zweiter Klasse schoben sich ineinander, ein dritter Wagen warf sich auf den Trümmerhaufen, der vierte und fünfte Wagen erster Klasse verließen das Gleis und fuhren die Böschung entlang, überholten die Maschine und stürzten in einen Graben hinab. Ein gleichzeitiges Gewitter erschwerte die rasche telefonische Verbindung und verzögerte die Ankunft der Rettungszüge. Erst um 10 Uhr abends konnte Paris den ersten Hilfszug ablassen. Nur drei Tote konnten sofort geborgen werden. Etwa 40 Verwundeten wurde die erste Hilfe in der Station gegeben. Am Sonntag Nachmittag wurde zwischen den Trümmern noch nach Leichen und Schwerverletzten gesucht. Die Zahl der Verunglückten wird mit 18 Toten und 73 Verletzten angegeben. Die Untersuchung über die Ursache des Unglücks ist noch nicht abgeschlossen. Die Veröffentlichung der Staatsbahndirektion gibt als wahrscheinliche Ursache Gewitter an. Die elektrischen Signale sollen nicht tadellos funktioniert haben. Ein Signal, das „langsam fahren“ vorgab, scheint übersehen worden zu sein. Der Hauptmaschinenführer ist tot, der zweite Maschinist schwer verwundet worden.

# Kleine politische Nachrichten.

Annahme der Lebensmittelzölle durch den Reichstag. Im Reichstag wurden die vom Ausschuss vorgeschlagenen neuen Lebensmittelzölle vom 1. August ab gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, der Kommunisten und der Völkischen angenommen, nachdem vorher ein sozialdemokratischer Antrag in namentlicher Abstimmung mit 271 gegen 135 Stimmen abgelehnt worden war.

**Wasschiff von Hoersch in Berlin.** Wie die Tögl. Rundschau meldet, hat der deutsche Wasschiff in Paris, von Hoersch, einen Urlaub von 10 Tagen angetreten. Er ist gestern in Berlin angekommen und hatte mit dem Reichsaussenminister Dr. Stresemann eine längere Aussprache.

**Ein Zwischenfall auf dem Kongress der Völkervereinigungen.** Auf dem Kongress der Völkervereinigungen in Oberstufwerk kam es gestern zu einem Zwischenfall. Als der englische Vorsitzende im Anschluss an die Rede des Grafen Bernstorff darauf hinwies, was Bernstorff alles in Deutschland getan habe, um den Völkerverbund populär zu machen, erhob sich einer der Zuhörer und rief: „Wie steht es mit der Lusitania, Du schmutziger Hund!“ Der Mann wurde aufgefordert, sich ruhig zu verhalten, fuhr aber fort zu rufen: Du schmutziger Hund! Er wurde daraufhin aus dem Saal entfernt.

**Amerika besteht auf Ratifizierung des französischen Schuldenabkommens.** Nachgebende Kreise Washingtons und der Wallstreet erklären erneut, daß Frankreich erst das Schuldenabkommen in der bestehenden Form ratifizieren müsse, ehe es mit einer weiteren Kreditgewährung rechnen könne. Irgendwelche Änderungen an dem Abkommen würden von Amerika nicht mehr vorgekommen. Im Zusammenhang hiermit wird besonders unterstrichen, daß die Europareise des Staatssekretärs Mellon rein privater Natur sei. Der Staatssekretär beabsichtigt lediglich seine in Rom weitende Tochter zu besuchen.

## Aus Deutschland.

Zustimmung des preussischen Landtags zu den Hilfsmaßnahmen für die Hochwasserbeschädigten.

**U. Berlin, 4. Juli.** Der preussische Landtag nahm heute nach längerer Aussprache den Antrag des Hauptausschusses an, der umfassende Hilfsmaßnahmen für die Hochwasserbeschädigten durchzuführen. Die Reichsbahnverwaltung soll auf den sofortigen Erlass eines Nottarifs für Futtermittel- und Viehtransporte hingewirkt werden. Ferner soll das Staatsministerium ermächtigt werden, die erforderlichen Mittel vorzuschüssweise zu verausgaben und eventuell durch einen Nachtragshaushalt anzufordern. Die Staatsregierung soll auf die Reichsregierung dahin einwirken, daß das Reich den Ländern ausreichende Mittel zur Verfügung stellt.

Eine neue Büge Robert de Fiers.

**Berlin, 5. Juli.** Amlich wird mitgeteilt, Der Schriftsteller Robert de Fiers, Mitglied der französischen Akademie, hat am 28. Juni im „Figaro“ ein Interview mit dem König von Spanien veröffentlicht, in dem er einleitend u. a. erzählt, der spanische König habe kurz vor Ausbruch des Krieges dem Herzog von Byones folgendes erklärt: Ich komme aus Deutschland. Ich bin mehrere Stunden mit dem Kaiser zusammen gewesen. Ich habe das bestimnte Gefühl, daß man jenseits des Rheins nur daran denkt, Frankreich den Krieg zu erklären. Machen Sie von dieser Mitteilung jeden beliebigen Gebrauch, ich spreche sie nicht leichtfertig aus. Diese angebliche Mitteilung des spanischen Königs habe der Herzog von Byones dann der französischen Regierung mitgeteilt. Neue Nachforschungen an deutschen und anderen in Frage kommenden Stellen haben einwandfrei ergeben, daß die letzte Begegnung zwischen König Alfons XIII. von Spanien und Kaiser Wilhelm II. im Winter 1905 in Berlin stattgefunden hat. Der König von Spanien ist zwar später noch in Deutschland gewesen, ohne jedoch mit dem Kaiser zusammen zu treffen. Es ergibt sich daraus, daß die Mitteilung von Robert de Fiers jeder Grundlage entbehrt.

## Der Einsiedler vom Schredhorn

42 Hochgebirgsroman von M. B. Hohenofen.

Nur manchmal wurde ich auf einige Wochen frei und dann floh ich immer aus diese Berge hier heraus, um hier oben zu vergessen, manchmal auch in der Hoffnung, daß mich ein jäher Tod vielleicht erlösen würde. Das ist meine Geschichte. Nun wirst du begreifen, daß es für mich nie eine Freiheit geben wird, denn ich habe kein Recht, mich von der Frau zu trennen, die ich doch selbst zu dem machte, was sie ist, und die mich nie freiwillig freigeben wird, und von der die Ärzte sagen, daß sie noch Jahrzehnte so hinvegetieren kann, um mich mit ihrem Haß zu verfolgen, der sich rächen will. Ich bleibe an das Leben unten geschmiebet, wenn nicht der Tod mitleidiger ist.

Da schweig er und stützte seinen Kopf wieder in seine Hände, wobei er sie freigab.

Stumm und schweigend verstrichen Minuten, während denen kaum ein schwaches Atmen zu hören war. Dann begann Herta langsam mit der Hand über sein Haar zu streichen, ohne dabei etwas zu sprechen.

Was sollte sie auch sagen?

Hatte er schlecht gehandelt? Schlecht nicht! Aber war er nicht trotzdem schuldig? Aber so schuldig, wie er dann dafür gestraft worden war? Nein! Das nicht! War jene Frau nicht ebenso schuldig?

Wer durfte da Richter sein?

Aber sollte nicht jede Schuld einmal gesühnt sein? Und nur seine Sühne sollte nie ein Ende finden?

Unter diesen gewann der langsam dämmende Tag immer mehr an Macht; der Mond war schon völlig verblaßt und hinter den Schredhornwänden untertaucht.

## Ausland.

Der neue Frankentanz.

**U. Paris, 3. Juli.** Der neue Frankentanz des gestrigen Tages hat die politische Lage erheblich verschärft. Die Blätter weisen darauf hin, daß die Devisenkauffe eine Ueberraschung bedeuere und unerklärlich sei. In Wirklichkeit dürfte der gestrige Ausweis der Bank von Frankreich mit seinem neuen Vorschlag in Höhe von 750 Millionen Franken an den Staat genügen, um die Abschwächung des Frankens zu erklären. Allerdings war der ungünstige gestrige Bankausweis im wesentlichen durch die Anspannung an den wichtigen Termin des 1. Juli bedingt. Aber es bleibt für den Staat auch keine große finanzielle Bewegungsfreiheit mehr übrig. Die Neuausgabe weiterer Zahlungsmittel und die Erhöhung der Vorschlagsmöglichkeiten der Bank von Frankreich gegenüber dem Staat sind in nächste Nähe gerückt. Die Bewegung des Frankens gibt auch insofern zu Bedenken Anlaß, als die Abschwächung an der Börse einen besonders scharfen Verlauf nahm. In Newyork wird diese Abschwächung im wesentlichen auf die Ungewißheit über die Ratifizierung des Schuldenabkommens zurückgeführt, während man in Frankreich geneigt ist, hierin einen direkten Druck durch die Vereinigten Staaten zu erblicken.

Eine neue englische Protestnote in Moskau.

**U. Moskau, 3. Juli.** Der Konflikt zwischen England und Rußland entwickelt sich immer weiter. Der letzte Aufruf des Gewerkschaftsrates in Rußland gegen Einführung des Neunstundentags in England hat die englische Regierung dazu veranlaßt, eine Note an die Sowjetregierung zu richten, in der Protest gegen die Einmischung Rußlands in die inneren Angelegenheiten Englands erhoben wird. Es verlautet, daß, als der englische Geschäftsträger in Moskau gestern die Note überreichte, sich im Auswärtigen Amt anmeldete, Tschitscherin einer Begegnung mit ihm auswich und die Note durch einen Beamten des Auswärtigen Amtes in Empfang nehmen ließ.

## Aus aller Welt.

Vierzig Personen an Fleischvergiftung erkrankt.

In verschiedenen Ortschaften in der Nähe Saalfelds sind Familien an Fleischvergiftung erkrankt. Etwa vierzig Personen liegen darnieder. Betroffen sind Arbeiterfamilien, die von einem hausierenden Fleischer aus Saalfeld Würst gekauft haben. Todesfälle sind bisher nicht eingetreten.

Schrichtung des Doppelmörders Rudolph.

In der Frühe des Freitags wurde auf dem Hofe des Erfurter Gerichtsgefängnisses der Doppelmörder Rudolph aus Leipzig, der im November 1925 in Sonderhausen zwei Reisende erschöß und vom Schwurgericht Erfurt zweimal zum Tode verurteilt worden war, von dem Scharfrichter aus Magdeburg durch das Handbeil hingerichtet.

15 Jahre Zuchthaus für den Haarzopfer Stiefmuttermörder.

Vor dem Erfener Schwurgericht stand in 3tägiger Verhandlung der Arbeiter Wilhelm von Berg aus Haarzopf unter der Anklage, vor einigen Monaten seine Stiefmutter, Frau von Berg überfallen und bei lebendigem Leib in einen 9 Meter tiefen Schacht geworfen zu haben, wobei die Frau in den Schlammmassen erstickte. Der Angeklagte wurde in der gestrigen Schlussverhandlung zu 15 Jahren Zuchthaus und 10 Jahren Ehrverlust verurteilt.

Absturz eines französischen Verkehrsflugzeuges.

Aus Prag wird gemeldet, daß ein am Donnerstag aus Straburg abgeflogenes Flugzeug der Luftfahrtgesellschaft Franco-Roumaine, das unterwegs in Nürnberg noch Reisende aufgenommen hat, bei dem Dorfe Ropshaupt abgestürzt ist. Fünf Personen wurden getötet und eine schwer verletzt. Einzelheiten liegen noch nicht vor, auch sind die Namen der Verunglückten noch nicht bekannt.

## Motorbootunglück auf dem Bodensee

Wie das „Stuttgarter Tagblatt“ meldet, hat sich auf dem Bodensee ein großes Motorbootunglück ereignet, dem bisher fünf Personen zum Opfer fielen.

Eine kleine Reisegesellschaft von acht Personen, vier Ehepaare aus Tuttlingen, die einen Sonntagsausflug nach der Insel Reichenau gemacht hatten, bestellten sich bei dem Schiffbaumeister Jodor Bed ein Motorboot zur Ueberfahrt nach dem Schweizer Ort Mannenbach. Etwa 600 Meter vor Mannenbach ging das Boot aus bisher noch unaufgeklärter Ursache plötzlich unter. Vier Personen ertranken, ehe Rettung kam. Ein Herr namens Kaufmann erlitt nach der Rettung einen tödlichen Herzschlag. Eine weitere Person schwab in Lebensgefahr. Das Unglück ist auf das betrügerische Verhalten eines überbelebunden Menschen namens Franz Bed zurückzuführen, der sich als der bestellte Schiffbaumeister Bed ausgab und, obwohl er kein Fahrpatent hatte, die Ueberfahrt auf einem älteren Motorboot bewerkstelligte. Die näheren Umstände sind noch nicht festgestellt. Unter den Todesopfern soll sich eine Tochter und der Schwiegerjohn von Schneidermeister Wegel von hier befinden.

## Aus Stadt und Land.

Calw, den 5. Juli 1926.

Dienstnachricht.

Die Ministerialabteilung für den Straßen- und Wasserbau hat den Bürgermeister Bed in Calw zum Kanzleisekretär ernannt, vom Rathaus.

In der am Donnerstag unter dem Vorsitz von Stadtschultheiß G ö h n e r stattgefundenen Gemeinderatsitzung wurde zuerst die Durchführung des Wohnungsbauprogramms 1926 behandelt. Zur Beurteilung dieser Frage gab der Vorsitzende ein Bild von der finanziellen Lage der Stadt. Er führte dabei aus, daß es sich darum handle, ob das geplante Wohnungsbauprogramm mit 12 Wohnungseinheiten auf dem Windhof ganz oder teilweise ausgeführt werden solle. Die Finanzierung sei möglich, auch wenn die Wohnungskreditanstalt in diesem Jahre, wie veröffentlicht worden sei, keine Zuschüsse mehr gebe, jedoch sei auf Zuschüsse im Jahre 1927 bestimmt zu rechnen. Nach Mitteilungen vom Städtetag habe sich eine Großbank bereit erklärt, Gelder zu 6 1/2 % den Gemeinden zur Verfügung zu stellen. Es sei also die Möglichkeit vorhanden, einstweilen dieses Geld in Anspruch zu nehmen, bis man von der Wohnungskreditanstalt und vom Reich einen Kredit erhalte. Die allgemeine Finanzlage der Stadt, wie sie sich bei dem Entwurf zum Haushaltsplan herausgestellt habe, sei nicht besonders günstig, aber auch nicht ganz schlecht. Die gleiche Erscheinung zeige sich auch in anderen Städten, denn die Auslagen der Gemeinden werden immer größer und die Einnahmen geringer. Bei der Gemeindeumlage solle man über 12 % nicht hinausgehen, aber den Gemeinden werden immer größere Lasten aufgelegt, so daß sie in eine wirtschaftliche Notlage versetzt werden, man habe auch keinen Anhaltspunkt, wieviel bei den Gemeinden an Steuern hereinkommen werden. Man könne annehmen, daß die Reichsüberweisungen um 25 % gekürzt werden und daß auch bei der Gewerbesteuer vielleicht ein Ausfall von 25 % eintreten werde. Es sei ein Fehler gewesen, daß der Gemeinderat die Umlage auf 16 % festgesetzt habe, man hätte höher gehen sollen, denn jetzt entgehe der Stadt der Zuschuß aus dem Ausgleichsstock. Die ungünstigere Lage rühre nun in der Hauptsache davon her, daß vom Vorjahr ein Defizit von 16 000 Mark übernommen werden mußte, daß ein Ausfall an Reichsüberweisungen und ein Ausfall aus dem Ausgleichsstock eintreten werde, daß der Armenaufwand erheblich größer geworden sei und daß für die Amtskörperschaft ein Mehraufwand entstehe, wodurch sich der Abmangel immer mehr vergrößere. Die Notstandsarbeiten hätten viel Geld gekostet, die Auslagen müßten durch Anseihemittel gedeckt werden. Es ergebe sich somit eine verhältnismäßig ernste Lage. Schulden seien im ganzen 360 483 M. vorhanden. Darunter seien aber Posten für Eigenbau und ausgeliehene Gelder. An reinen Schulden seien nur

jener Tat war doch jene Frau mindestens im gleichen Maße mitschuldig. Aber war deren Handeln weniger begreiflich? War jene Frau nicht auch mißverstanden worden?

Wer durfte da Richter über jeden Gedanken sein?

Diese Frau haßte ihn jetzt natürlich als den Mann, der ihr Leben so zerstört hatte, der dabei noch ihren ehelichen künftlichen Plänen ein jähes Ziel gesetzt hatte. So war in ihr dann, die regungslos immer liegen mußte und sich kaum bewegen konnte, die auch nur zu fallen vermochte, statt der einstigen Sinnenleidenhaft der Haß entstanden, mit dem sie den Mann weiter an sich fetzte, um ihn immer wieder die Qualen des eigenen Gewissens fühlen zu lassen, um ihn zu zwingen, daß er immer ihrem Unbild ertragen mußte.

Nein!

Frei würde er nie werden können.

Gab es dann eine Zukunft für sie beide?

Und was stand schließlich ihr selbst bevor?

Sinunter?

Vorwürfe der Mutter, Kämpfe mit einem ihr fremden Leben und unbekanntem Gefahren.

Und wieder flüchteten sich ihre Gedanken zu denen, die sie in dieser Nacht schon einmal erfüllten.

Ob ein Sterben hier oben nicht wirklich die Erlösung zum Besseren sein würde?

So hatte sie sich gefragt! Und diesen Gedanken hatte sie schon in ähnlicher Form bei der ersten Begegnung mit dem Einsiedler selbst ausgesprochen.

Er selbst hatte ihn in einer ähnlichen Form am Schluß seiner Geschichte erwähnt. Manchmal war er nur deshalb in diese furchtbare Einsamkeit hinauf, in der Hoffnung, daß ihn ein mitleidiger Tod vielleicht erlösen werde.

(Schluß folgt)

# Bodensee

schiff auf dem  
bisher fünf  
vier Ehe  
nach der Zim  
Schiffbau  
nach dem  
Mannbach  
ache plöglich  
Ein Herr  
tödlichen  
gefährt. Das  
über beleu  
ren, der sich  
er, obwohl er  
eren Motor  
nicht fest  
ter und der  
befinden

# Wasserbau

Wasserbau  
tär ernannt,

# Stadtschul

wurde zuerst  
6 behandelt.  
in Bild von  
daß es sich  
ann mit 12  
ilweise aus-  
auch wenn  
veröffentlicht  
auf Zuschüsse  
lungen vom  
Gelder zu  
sei also die  
Anspruch zu  
d vom Reich  
Stadt, wie  
gestellt habe,  
schlecht. Die  
en, denn die  
die Einnah-  
über 12 %  
mer größere  
Mollage ver-  
zeibel bei den  
en könne an-  
ürzt werden  
Anfall von  
daß der Ges-  
an hätte hö-  
Zuschuß aus-  
nun in der  
von 16 000  
an Reichs-  
hof eintreten  
geworden sei  
und entstehe,  
Die Not-  
gen müßten  
somit eins  
im ganzen  
für Eigen-  
en seien nur

# Stadtschul

gleichem  
entger be-  
nden wor-

# Stadtschul

ein?  
en Mann,  
hren ehr-  
sch hat-  
gen mußte  
allen ver-  
e daß ent-  
setzte, um  
iffens füh-  
mer ihrem

# Stadtschul

remder  
enen, die  
Erlösung  
anzen hatte  
gnung mit  
am Schluffe  
ur deshalb  
hoffnung  
erde.  
luk total

150 000 M. für das Schulhausgebäude und 10 000 M. für kleinere Positionen vorhanden. Zu diesen 160 000 M. reimen Schulden komme aber noch eine große Zinsbelastung und eine erhebliche Zinsspanne zwischen den Schulzinsen und den ausgeliehenen Geldern. Es werde sich hierbei um einen Betrag von 35 000 M. handeln. Die Belastung sei reichlich und der Gemeinderat habe allen Grund, an allem zu sparen, wenn auch die Schuldenlage nicht gerade besonders schlecht, aber immerhin groß genug sei. Leider seien die Gemeinden von den künftigen Maßnahmen der Regierung abhängig, Unterlagen zur Finanzierung habe man nicht. Es sei vielleicht angezeigt, eine Reduzierung des Wohnungsbauprogramms vorzunehmen und nicht alle 12, sondern nur 8 oder 6 Wohnungen zu bauen.

Stadtbauingenieur Schötkle gibt dann noch nähere Auskunft über die Baupläne im Stedenäckerle und auf dem Windhof, er hält den ersteren Platz für geeigneter, man könne unterhalb der Straße eine Dreierwohnung und ein Doppelhaus aufstellen, der Platz für ein Reihenhäuser sei besser ausgenutzt, so erhalte man 10 Wohnungen, während Private nur 5 Wohnungen erstellen könnten. Einfamilienhäuser würden sich für diesen unteren Platz nicht eignen; außerdem befinden sich bereits 7 Einfamilienhäuser am Platze. Auf dem Windhof werde das Bauen teurer kommen, als im Stedenäckerle, dann sei auf dem Windhof kein Gas und unter Umständen könne auch Wassermangel eintreten; der Verkaufswert der Häuser auf dem Windhof sei nicht so groß wie im Stedenäckerle.

Der Vorsitzende bemerkt noch, es handle sich nun darum, ob das volle Programm auszuführen sei oder ob eine Einschränkung stattfinden solle. Hr. S a i l e hält eine Ausgabe von 100 000 Mark gegenwärtig zu hoch, das Projekt gehe zu weit, andere Städte führen Barackenbauten aus, das Projekt vom Windhof solle ausfallen wegen des Mangels an Gas, besser sei es vielleicht, das Bauen ganz zu unterlassen. Hr. K n e c h t würde es gerne sehen, wenn man Wohnungen für städt. Beamte schaffe, die in Betracht kommenden Mieter für den Windhof sollen durch Schiebungen in der Stadt untergebracht werden, ein weiterer geeigneter Bauplatz wäre beim Ausgang zum Kettheimer Steigle zu finden.

Der Vorsitzende hält dem gegenüber, daß bei dem nun vorgeschlagenen Platz kein Gas und Wasser vorhanden sei. Hr. M a y tritt für das Gelände auf dem Windhof ein; es seien Nachteile vorhanden, die aber nicht so schwerwiegend seien, die Finanzlage der Stadt zwingt leider zur Reduzierung des früheren Beschlusses, aber gebaut müßte werden, die moralische Verpflichtung der Stadt liege vor, aus diesem Grunde solle man wenigstens acht Wohnungen schaffen. Baracken hätten sich nicht bewährt. Hr. B a e u c h e hielt schon seinerzeit das aufgestellte Wohnungsbauprogramm für zu weitgehend, es sei genügend zunächst einmal 6 Wohnungen zu erstellen, es könne doch keine so große Wohnungsnot vorhanden sein, da die Stadt an Einwohnerzahl nicht zugenommen habe und in den letzten Jahren viel gebaut worden sei. Er hält den Platz auf dem Windhof geeigneter als den im Stedenäckerle. Hr. S a n n a l b ist erfreut, daß nun bei der Stadtverwaltung und dem Gemeinderat eine Wendung eingetreten und die Ansicht durchgebrungen sei, daß man unbedingt sparen müsse, da die Finanzlage der Stadt dies erfordere; das Wohnungsbauprogramm sei deshalb zu reduzieren; wenn der Wohnungsbau im Stedenäckerle billiger komme, sei dieser Platz vorzuziehen, man müsse das billigste Projekt nehmen. Es unterliege keinem Bedenken, Reihenhäuser im Stedenäckerle zu bauen, da diese so gestaltet werden können, daß sie das Stadtbild nicht ungünstig beeinflussen. Dr. K u t t e n i e r fragt an, ob die Bevölkerungszahl zugenommen habe, er hält die Wohnungsnot für eine Folge der unglücklichen Zwangswirtschaft, man müsse Klarheit darüber haben, ob die Zahl der Einwohner gebieterisch eine Ausführung des Wohnungsprogramms fordere. Der Vorsitzende bemerkt, daß die Einwohnerzahl nicht bedeutend sich erhöht habe; der Wohnungsmangel komme hauptsächlich davon her, daß viele Wohnungen eingegangen und die Ansprüche der Mieter an die Wohnungen gewachsen seien. Der springende Punkt sei der: Die Wohnungsansprüche haben sich bedeutend gesteigert. Frau W. C o n z hält den Platz im Stedenäckerle geeigneter zum Bauen, wenn die betr. Mieter nicht in der Stadt untergebracht werden können. Der Vorsitzende bemerkt, die Wohnungsnot habe zwar bedeutend nachgelassen, aber heute mit großer Kinderzahl und unangenehme Mieter seien nur schwer unterzubringen, es gebe keinen anderen Weg, als den des Eigenbaus, die Verwendung von städt. Gebäuden scheide aus. Hr. S t a u d e n m e y e r stellt fest, daß man bauen müsse, er bezweifelt, ob man im Stedenäckerle billiger baue, als auf dem Windhof. Als weiteren geeigneten Bauplatz schlägt er den sogenannten „Gänsbudel“ vor, der sich sehr gut zu dem bezeichneten Zweck eigne; jedenfalls solle dieses Projekt einer Prüfung unterzogen werden. Hr. Z a h n spricht sich für eine Reduzierung des Programms aus und hält zunächst 6 Wohnungen für genügend, die Wohnungen sollen einfach erstellt werden. Hr. S c h i e l e befürchtet, wenn der Wohnungszwang aufgehoben werde, daß dann die Stadt von den Mietern um Wohnungen angegangen und zum Bauen gezwungen werde. Der Vorsitzende spricht sich eingehend über die Wohnungszwangswirtschaft aus, jedenfalls könne der Mieterschutz nicht auf einmal aufgehoben werden. Hr. S c h o l l i spricht sich für das Bauen aus, wobei die verschiedenen Projekte eingehend zu prüfen seien. Hr. B e i f e r ist nach wie vor gegen den Platz auf dem Windhof er hat keine Bedenken gegen den Platz im Stedenäckerle, auch wenn das Bild der Stadt dadurch etwas vertiere, jedenfalls kommen die Gebäude im Stedenäckerle billiger als auf dem Windhof. Hr. S t ü b e r wünscht, die Baupläne im Stedenäckerle für Privatbauten bereit zu stellen; mehr als 6 Wohnungen sollten nicht gebaut werden. Hr. P e r r o t spricht sich in gleichem Sinne aus und tritt für den Windhof ein. Hr. S t a u d e n m e y e r stellt den Antrag, das Stadtbauamt solle neue Vorschläge für die Plätze auf dem Windhof, Stedenäckerle und Gänsbudel ausarbeiten, damit der Gemeinderat endgültig Stellung nehmen könne. Der Antrag wird einstimmig angenommen. Als Bauführer für

die Ausführung der neuen Gebäude wird Wilhelm S c h n e i d e r, Baumeister in Stuttgart gewählt. Zur Aufbringung der Mittel für das Wohnungsbauprogramm werden 65 000 M. beim Städtetag angemeldet.

Die Baugesuche von Lokomotivführer König und Rangiermeister Weiß werden genehmigt. Zugleich übernimmt die Stadt die Bürgschaft für ein späteres Anleihen bei der Wohnungskreditanstalt. Der Turnverein hat einen Spielplatz von 3 Morgen Größe zwischen hier und Hirfau erworben. Er sucht um unentgeltliche Abgabe von Einschränkungsmaterial nach. Das Gesuch wird einstimmig genehmigt. Hausmeister R a p p o l d bei den Höheren Schulen war seither privatrechtlich angestellt. Er sucht um beamtenrechtliche Anstellung nach, womit Pensionsberechtigung verbunden ist. Dem Gesuch des Hausmeisters Rappold wird entsprochen. Für die F e u e r w e h r werden 250 Meter Hanfschläuche besser Qualität angeschafft. Hr. G a n z m i l l e r, die seither als Hilfslehrerin für den Arbeitsunterricht angestellt war, tritt nach Anstellung einer Hauswirtschaftslehrerin von ihrem Amte zurück. Der Vorsitzende spricht ihr für ihre treuen und selbstlosen Dienste den wärmsten Dank der Stadt aus. Der Gemeinderat schließt sich diesen Ausführungen an und bekräftigt den Dank durch Gewährung eines Andenkens. Den Schluß der Sitzung bildeten einige kleinere Gegenstände und Anfragen.

## Einweihung des Erholungsheims des Württ. Lehrervereins.

Am 28. Juni wurde in Anwesenheit der Hinterbliebenen Löhners und zahlreicher geladener Festgäste das Strandhotel „Löhnerhaus“ auf der lieblichen Bodenseelände Reichenau seiner Bestimmung übergeben. Vertreter der württembergischen Schulverwaltung, der Lehrer- und Beamtenverbände, der bürgerlichen und kirchlichen Gemeinde, der Handwerker und der Arbeitervereine waren erschienen, um ihre Glückwünsche darzubringen. Die Mitglieder des Württ. Lehrervereins dürfen stolz sein auf das vollbrachte Werk. In wirtschaftlich schwerer Zeit haben sie durch Opferwilligkeit und treues Zusammenstehen den Plan der Schaffung eines Erholungsheimes zur Verwirklichung gebracht und damit gezeigt, wie man das Andenken großer Führer nicht nur in Worten, sondern auch durch die Tat ehrt. Im Geiste ihres unvergesslichen Löhner, des unermüdeten Streikers für Schulfortschritt und Volkswohlfahrt, haben sie eine Stätte geschaffen, von der aus sich Ströme der Kraft in die Schulhäuser und durch sie in Jugend und Volk ergießen, von der aus sich Bande engerer Gemeinschaft und tieferen Verständnisses schlingen sollen nicht nur um die Lehrerschaft aus allen Gauen Deutschlands, sondern vor allen Dingen auch um Berufserzieher und die übrigen Stände unseres Volkes, denn das hundertbettige, einfach aber behaglich-vornehm ausgestattete Haus öffnet seine Pforten zu kürzerer oder längerer Rast allen, die an den Ufern des Schwäbischen Meeres ein sonniges Plätzchen suchen. Zum Wandern und zu jeglicher Art von Wasserport ist reichlich Gelegenheit geboten. Eine halbstündige Kahnfahrt bringt jeden leicht ans Schweizer Ufer. An lauschigen Plätzchen fehlt es nicht; und auch der, der gerne auf den Spuren der Vergangenheit geht, kommt auf seine Rechnung. Möchten recht viele die gebotene Gelegenheit benützen; es wird niemanden Schaden sein.

## Stand der kulturpolitischen Gesetzgebung.

Nachdem das Gesetz „zur Bewahrung der Jugend vor Schund- und Schmutzschriften“ schon vor einigen Wochen im Bildungsausschuß zum Abschluß gekommen ist, sodas nach der Sommerpause in die Plenarberatungen eingetreten werden kann, hat nunmehr der Jugendausschuß des Reichstags das Gesetz über den „Schutz der Jugend bei Lustbarkeiten“ in erster Lesung beendet. Anträge auf Abschwächung der Strafen wurden abgelehnt. Vereine und Verbände, Schulen und Jugendämter, die gute Jugenddarbietungen veranstalten, sollen mehr als bisher gefördert werden. Auch das Reichsbühnengesetz, das dem Wunsch nach einer einheitlichen deutschen Theatergesetzgebung seine Entstehung verdankt, wird wie Reichsinnenminister Dr. R i l l auf dem Internationalen Schauspielertag in Berlin mitteilte, voraussichtlich in Bälde zustande kommen. Der Entwurf eines Schankstättengesetzes stand in den Ausschüssen des Reichswirtschaftsrates zur Debatte und wurde in den Grundlinien angenommen. Dagegen hat die Reichsschulgesetzgebung seit jener Ankündigung des Reichsinministers im März d. J., daß er demnächst persönlich an die Vorarbeiten gehen werde, irgend sichtbare Fortschritte nicht gemacht. Die Elternratswahlen der letzten Wochen in Nord- und Mitteldeutschland haben erneut mit aller Deutlichkeit bewiesen, daß die überwiegende Mehrheit der deutschen Schulleiterschaft ein Gesetz erwartet, das der Bekennerschule die Entfaltungsfreiheit, in voller Gleichberechtigung mit den andern Schularten, sichert.

## Ein Pilzjahr.

Feuer steht ein gutes Pilzjahr zu erwarten, wozu bisher vor allem die nasse Witterung beitrug. Steinpilze kommen heuer schon ungewöhnlich früh auf den Markt.

## Wetter für Dienstag und Mittwoch.

Die Wirkung der südlichen Depression schwächt sich ab. Für Dienstag und Mittwoch ist zeitweise heiteres, aber vielfach zu Gewittern geneigtes Wetter zu erwarten.

## Wad Teinach, 3. Juli.

Der hiesige Gemeinderat hat kürzlich beschlossen, heuer das Jakobifest mit Hahnenanzug nicht abzuhalten. Es ist ja verständlich, daß in gegenwärtiger schwerer Zeit von Festesfreude nicht viel zu spüren ist, in anderer Hinsicht aber ist es bedauerlich, daß, nachdem im Vorjahr der Festplatz mit bedeutenden Kosten erweitert wurde und auch sonst große Aufwendungen geschahen, nun das alte Jakobifest ein Volksfest im kleinen bedeutet, sind von dem Ausfall nicht befreidigt.

Wad Teinach, 3. Juli. Am letzten Sonntag hielt die „Freie Gleserinnung“ der Oberamtsbezirke Nagold, Calw, Herrenberg hier im Gasthaus zum Lamm eine Innungsversammlung ab, die von den Mitgliedern beinahe vollständig besucht war. Bei den zu behandelnden Berufsfragen kam u. a. zum Ausdruck, daß andere verwandte Gewerbe dem Gleserberuf unnötige Konkurrenz bereiten und durch nichtfachgemäße Ausführung Anlaß zu Reklamationen geben. Das Publikum, speziell die Bauherren, sollten

doch nur Fachleute beauftragen. Weiter wurde die Frage des Preisabbaus behandelt und erfreulicherweise beschlossen, auf die seither gültigen, üblichen Tarifpreise einen Abschlag bis zu 15 v. H. festzulegen. Die Zeitung will mit diesem weitgehenden Beschluß darun, daß auch das Glesergewerbe sein möglichstes dazu beitragen will, die Baulust weiter zu heben, wodurch allen Baugewerbetreibenden Verdienste zugeführt und der allgemein gewünschte Preisrückgang Rechnung getragen wird.

Freudenstadt, 3. Juli. Wie der „Grenzler“ von maßgebender Seite erfährt, haben in Berlin in diesen Tagen weitere Verhandlungen in der Frage des Ausbaus der Murgbahn stattgefunden. Es besteht nunmehr die begründete Aussicht, daß mit dem Bau der noch fehlenden Strecke Klosterreichenbach-Naumünzach noch in diesem Jahr begonnen werden wird.

Stuttgart, 3. Juni. Auf der Höhe der Solitude ist vor kurzem erst eine Jugendherberge erstellt worden, die am Sonntag, 11. Juli um 5 Uhr durch den Vorsitzenden des Zweigauschusses, Prof. Dr. Nägele in Tübingen, eingeweiht werden wird.

Stuttgart, 3. Juli. Die Arbeitsmarktlage hat sich gegenüber der Vorwoche nicht wesentlich geändert. Lebhaft war die Vermittlungstätigkeit wieder für die Landwirtschaft. Auch bei Handarbeiten konnte eine größere Anzahl Erwerbsloser untergebracht werden. Am 23. Juni bezogen 8407 Personen Erwerbslosenunterstützung, ausgetrieben sind 480 männliche und 112 weibliche Personen, bei den männlichen Erwerbslosen am 29. Juni 8 521.

Stuttgart, 3. Juli. Zufolge Verordnung des Reichsarbeitsministeriums bleiben die derzeitigen Höchstätze in der Erwerbslosenfürsorge weiter bis zum 27. November 1926 in Kraft.

Stuttgart, 4. Juli. Oberamtskierarzt a. D. Rudolf Maile kann heute seinen 90. Geburtstag begehen. Maile war früher 40 Jahre lang Oberamtskierarzt in Hall und erfreut sich noch einer guten Gesundheit.

Stuttgart, 4. Juli. Die Vereinigten Gewerkschaften haben an das Stadtschultheißenamt eine Eingabe gerichtet, worin gebeten wird, bei nachweislich vorhandener Erwerbslosigkeit und Kurzarbeit von der Erhebung der Wohnsteuer Abstand zu nehmen.

Hohenec DM. Ludwigsburg, 3. Juli. Nach Ablauf von kaum 6 Wochen wird in Heilbad Hohenec bereits der 10 000. Badegast gezählt. Die Heilkraft der Quelle, äußert sich nicht nur in den Erfolgen gegen Gicht, Rheuma und Nephritis, sondern auch die Verdauungsbeschwerden, Gallensteinleiden, Zuckerkrankheit. Diese Heilwirkung wird nicht unwesentlich unterstützt durch die energische Bemühung der Badeverwaltung, den Badebetrieb nach ganz modernen Grundsätzen durchzuführen, sei es durch die Anlage des technischen Apparates, sei es durch zuzukommende und aufmerksame Behandlung der Badegäste selbst.

Stuttgart, 4. Juli. Hier brannte ein Karussellpaddockwagen ab. Die Besitzer Schmid und Meßner hatten am Vormittag des Brandtags ihr Karussell mit 5000 Mark versichert und die Versicherungsprämie sogleich bezahlt. Somit dürfte den Besitzern ein Schaden nicht entstanden sein.

Gmünd, 3. Juli. In der letzten Sitzung des Gemeinderats schlug Stadtschultheißen Grieber vor, sämtliche Anleihen und Schulden der Stadt aufzuwerten und zwar mit 12½ % (bis 30. Juni 1922) mit 12½ % und Neubest mit 10 %. Bei Berücksichtigung wird die Stadtschulden ermäßigt, 15 % aufzuwerten. Diese Aufwertungsbeiträge sollen bis 31. Oktober d. J. ausnahmslos bar abgefunden werden, was eine wesentliche Vergünstigung der Gläubiger bilden würde. Es handelt sich insgesamt um einen Betrag von etwa 185 000 M., der durch Schuldaufnahme von etwa 162 000 M. zu bedecken wäre. (23 400 M. stehen dafür bereits im Etat). Nächsten Dienstag findet die zweite Lesung des Haushaltsplanes statt.

Stuttgart, 4. Juli. Die bei dem Einbruch von Gesteinmassen im Kappelberg-Tunnel verschütteten zwei Leute sind bei verzeirateten Arbeiter Leins von Dehringen und Busch von Weinsberg, letzterer Vater von 4 Kindern. An der Unfallstelle waren noch vier weitere Arbeiter beschäftigt, die sich jedoch rechtzeitig in Sicherheit bringen konnten.

Stuttgart, 4. Juli. Gestern nachmittag ist das 43jährige Söhnchen des Bahnarbeiters Schwarz ertrunken. Der Kleine spielte am Ufer des Mühlkanals bei der Buscherischen Fabrik mit seinen Kameraden, bekam das Uebergewicht und stürzte in den Kanal. Obwohl sofort Hilfe zur Stelle war, konnte er nur noch als Leiche aus dem Wasser gezogen werden. Wiederbelebungsversuche waren erfolglos.

Holzheim DM. Göppingen, 3. Juni. Anlässlich der Bahneinweihung gab es hier große Freude. Nachdem der Sonderzug den Bahnhof verlassen hatte, marschierte die Schuljugend in die Schullokale, wo jedes Kind eine große Wurst, zwei Brezeln und eine halbe Mark bekam. Nachmittags durften sie, sowie auch Erwachsene, soweit der Platz ausreichte, eine Freifahrt nach Boll zum Kinderfest machen. Es stiegen auch alte Männlein und Weiblein zu, die nie gedacht hatten, daß sie das noch erleben würden. Abends von 8 Uhr ab gab es in sämtlichen Wirtschaften zur Feier des Tages Freibier, das von der Brauerei Engländer Garten Stuttgart in dankenswerter Weise gestiftet wurde. Dieser Tag wird jedem Holzheimer zeitlichen in Erinnerung bleiben, und man konnte immer wieder hören: „O Hauptstadt, daß mir eht au a schwäbische Gisebah' hent“.

Bon der rauhen Alb, 2. Juli. Einen niedlichen Beitrag zu „rechter Sparsamkeit“ lieferte kürzlich auf einer Hochzeit ein Bauerntöchterlein. Es spendierte dem Bräutigam als Hochzeitsgeschenk Schein aus Besehen fünf Mark. Freudige Ueberzeugung und Abschied unter vielen Glückwünschen. Doch kurz ist die Freud... Mitten in den heitersten Eheschimmel am andern Tag plagte das tapfere Mädchen mit seinem Mißgeschick und forderte 4,50 M. zurück. Das Gesicht des jungen Ehemannes soll sich darauf sehr in die Länge gezogen haben.

Bon Bodensee, 4. Juli. Dieser Tage überfuhr in Meersburg ein Personenauto einen Kinderwagen, wobei das 15 Wochen alte Kind des Landwirts Pfeifer auf die Straße geworfen wurde und neben Kopfverletzungen auch innere Verletzungen davontrug.

# Aus Geld-, Volks- und Landwirtschaft.

100 Holl. Gulden 166,86 Mk.  
100 franz. Fr. 11,85 Mk.  
100 Schweiz. Frk. 81,40 Mk.

Stuttgarter Börsenbericht vom 3. Juli.

Die Börse lag am Samstag recht fest bei teilweise stark anziehenden Kursen.

## Wirtschaftliche Wochenüberschau.

**Börse.** An der Börse herrschte lebhaftes Geschäft und steigende Tendenz. Nach dem glatten Ultimoerlauf entwickelte sich von neuem eine Aktienhaube. Der Kaufandrang zeigte sich überwiegend aus zahlreichen kleinen und kleinsten Aufträgen zusammen. Auch das Ausland beteiligte sich weitgehend. Auf verschiedenen Gebieten gab es Rekordumsätze. Die Führung hatten Montanaktien, Bankpapiere und Schiffahrtswerte. Anregend wirkten vor allem die günstigen Berichte aus der rheinisch-westfälischen Montanindustrie, ferner der Abschluß der 30 Millionen-Anleihe des Ruhrmontantrusts.

**Geldmarkt.** Die Entwicklung am Geldmarkt nimmt einen regelmäßigen und günstigen Verlauf. Ueber Ultimo war der Geldmarkt leicht verknappt. Tagesgeld war scharf gesucht und auch nach Monatsgeld bestand große Nachfrage. Die Ultimofrage ist aber nicht stärker als sonst an Quartalssterminen. Schon in den nächsten Tagen rechnet man mit Erleichterungen. Mit der Herabsetzung des Reichsbankdiskonts auf 6 Prozent will die Reichsbank noch weiter zuwarten. Die Frankentalen sind nach dem Bekanntwerden des Finanzprogramms des neuen französischen Finanzministers Caillaux fester geworden.

**Produktenmarkt.** An den Getreidebörsen war vor allem Weizen schwächer. Infolge der übermäßigen Rasse haben die Ernteausichten in Deutschland sich verschlechtert. An der Stuttgarter Landesproduktbörsen wurden für Heu 7,50 (plus 0,50) und für Stroh 5,50 (unv.) Mark pro Ds. bezahlt. An der Berliner Produktenbörsen notierten Weizen 206 (-4), Roggen 206 (plus 12), Wintergerste 198 (plus 5), Sommergerste 208 (plus 3), Hafer 209 (plus 2) Mark je pro Tonne und Weizenmehl 39,5 (-0,50) Mark pro Ds.

**Warenmarkt.** Der Rückgang der deutschen Außenhandelsbilanz für den Monat Mai zeigte, daß die wirtschaftliche Depression noch keineswegs überwunden ist. Die Fertigwarenausfuhr ist weiter zurückgegangen. Dagegen zeigte eine wirkliche Exportbelebung die Automobilindustrie, die größere Aufträge ins Ausland bekommen hat, so nach Griechenland, Jugoslawien, Ungarn, Ostasien und Südamerika. Auf den Eisenmärkten war die Nachfrage gering. Auf der letzten Stuttgarter Hüttenauktion erhöhten sich die Preise um 3,10 Prozent.

**Wiesmarkt.** Die Schlachtwiehmärkte waren in dieser Woche schwach besetzt. Die Preise konnten sich behaupten.

**Holzmarkt.** Auf den Rundholzmärkten herrschte die übliche Sommerruhe. Die Absatzverhältnisse am Schnittwarenmarkt wie die Lage am Baumarkt haben sich nicht wesentlich gebessert. Die Preise sind gedrückt.

## Wiespreise.

**Bietigheim:** Ein 4 Monate altes Ferkel mit 160 Kg. 210 M., 18 Monate alt 300 Kg. 315 M., 1 fettes Ferkel 520 Kg. 535 M., 1 Kalbin 570 Kg. 620 M., 1 Kuh 21 Wochen trächtig 440 Kg. 440 M., 1 Paar Stiere 2 Jahre alt 912 Kg. 900 M., 1 Paar Stiere 1130 Kg. 1170 M., 1 Paar Ochsen 1260 Kg. 1200 M.

## Schweinepreise.

**Niedlingen:** Milchschweine 30-40, Mutterschweine 210-240, Läufer 70 M. - **Waldsee:** Ferkel 22-37 M. das Stück.

**Blaufelden:** Milchschweine 29-45 M. - **Creglingen:** Milchschweine 35-45 M. - **Schönbürg:** Milchschweine 23-33 M. - **Winnenden:** Milchschweine 40-44, Läufer 90-120 M. das St.

## Calwer Wochenmarkt.

Bei dem am Samstag stattgefundenen Wochenmarkt wurden folgende Preise bezahlt:

Kartoffel neue 12 S., Brockelerbsen 40 S.; Blumenkohl 20 bis 30 S.; Salat 10 S.; Rhabarber 15 S.; Rettich. 5-20 S. p. Stück. Der Bund 15 S.; Gurken 40-70 S.; Gelbe Rüben 15 bis 20 S.; das Pfund 40 S.; Tomaten 60 S.; Kürbisse 30-35 Pfg. Stachelbeeren 30-35 S.; Heidelbeeren 25-30 S.; Preislinge 50 S.; Aprikosen 70 S.; Tafelbutter 2 M.; Landbutter 1.70-1.80 M., frische Eier 13 S.; ausländische Eier 11-12 S.

## Vom Stuttgarter Obst- und Gemüsemarkt.

Der Obstgroßmarkt war heute überreich besetzt in allen Obstarten, der stärkste Markt seit langer Zeit. Erdbeeren kamen reichlich in den späteren Sorten, dazu Himbeeren, Johannisbeeren, Stachelbeeren und größere Posten Spätkirschen, letztere auch von der Pfalz und Baden. Noch schwach vertreten und lebhaft gefragt sind Heidelbeeren. Wenig gefragt sind Johannisbeeren, besser schon Stachelbeeren. Die Konservenfabriken verlangen vollständig. Die Ueberfüllung des Marktes wird noch einige Zeit anhalten, die Hausfrauen können jetzt günstig einkaufen. Sehr zu empfehlen ist die Bereitung von Beerenweinen. Auf dem Gemüsemarkt war die Zufuhr ebenfalls sehr stark, nach dem Monatsferien war aber das Publikum kaufkräftig genug, um die Märkte zu räumen.

## Stuttgarter Wochenmarktpreise.

Auf dem Wochenmarkt vom 3. Juli kosteten ein Pfund Tafelbirnen im Großhandel 25-30 (im Kleinhandel 33-40), Erdbeeren (Gartenbrestlinge) 35-60 (45-75), Himbeeren 40-45 (50-60), Stachelbeeren 15-25 (20-33), rote und weiße Johannisbeeren 15-25 (20-30), schwarze Johannisbeeren 20 bis 30 (25-40), Heidelbeeren 30-35 (40-45), süße Kirschen 20 bis 35 (25-45), neue Kartoffeln 8-12 (10-15), Buschbohnen 30 bis 40 (40-50), Brockelerbsen 12-20 (15-25), Wirsing 15-20 (20-25), Weißkraut 18-22 (23-28), gelbe Rüben (lange Karotten) 20-25 (25-33), Zwiebeln 8-14 (10-18), Schmechinger Spargel 40-65 (50-85), Spinat 15-20 (20-25), Mangold 10 bis 12 (13-15), ein Stück Kopfsalat 3-8 (4-10), Endivien-salat 10-15 (13-20), Blumenkohl 20-60 (25-65), große Gurken 20-40 (25-50), Rettiche 3-10 (4-13), Kopfkohltraben 3 bis 8 (4-10), ein Bund runde kleine Karotten 10-15 (13-20), Zwiebeln mit Rohr 8-10 (10-13), Rhabarber 8-10 (10-13) Pfennig.

Die heimischen Kleinhandelspreise dürfen selbstverständlich nicht an den Berliner und Großhandelspreisen gemessen werden, da für jene noch die sog. wirtschaftlichen Wertigkeiten in Aufschlag kommen. D. Schmitt.

Für die Schriftleitung verantwortlich: J. W. Oberprüfer J. Baenschle.

## Ämtliche Bekanntmachungen.

### Bekanntmachung betr. eine Erhebung in der Erwerbslosenfürsorge.

Nach Reichsgesetz vom 25. Juni ist vom Arbeitsnachweis eine Erhebung über die Wirkungen zu veranstalten, die sich aus einem Lohnklassensystem in der Erwerbslosenfürsorge ergeben würden. Es handelt sich in der Hauptsache um die Feststellung der von den Erwerbslosen zuletzt bezogenen Einnahmen. Der Wert der Sachbezüge (Kost und Wohnung bei Hausgehilfen usw.) wird als Lohn mit angerechnet und beträgt: a. 3. täglich 1.40 RM. für männliche und 1.20 RM. für weibliche Personen.

Soweit die für die Erhebung notwendigen Angaben nicht bereits beim Arbeitsnachweis bekannt sind, ergeht mittels Postkarte Anfrage an die Herren Arbeitgeber und werden dieselben gebeten, die Antwortkarten bis spätestens 20. Juli dem Arbeitsnachweis wieder zurückzusenden.

Den 3. Juli 1926.

Öffentlicher Arbeitsnachweis Calw  
Telefon 174 Bahnhofstr. 62B

## Nischelberg.

Das Beerenjammeln jeder Art, ist für Fremde im Gemeinde- sowie im Privatwald bei Strafe verboten, bemerkt wird, daß beim Betreten die Beeren abgenommen werden.

Nischelberg, den 2. Juli 1926.

Gemeinderat.

## Frottierwaren

weiß und farbig, garantiert farbecht

### Handtücher

40/80 cm groß, 80, 110, 120, 130, 140, 170, 190, 230, 260 S.

50/100 cm groß, 240, 270, 300, 340, 350 S.

### Badetücher

80/100 u. 100/100 cm groß, Mk. 2.50, 3.90, 5.—, 5.20, 6.—

100/150 cm groß M. 6.—, 7.—

180/165, 145/180, 145/200 cm groß,

schöne moderne Muster Mk. 10.20, 10.60, 11.—, 12.—, 14.—, 15.—, 16.—, 19.—

Waschhandschuhe 30, 35, 40, 45, 50 Pfg

Paul Rüdchle, am Markt, Calw.

Eine etwa 5 m lange spanische Wand wird verkauft

Obere Marktstraße 31 L.

2-400 Mark aufzunehm. gesucht.

Von wem, sagt die Geschäftsstelle ds. Bl.

# Öffentlicher Vortrag jeder Familie ein eigenes Heim.

Am Mittwoch, den 7. Juli 1926, abends 8 Uhr findet im Saale der **in Calw** ein öffentlicher Vortrag statt. Redner: Herr Karl Haag spricht über **Zweck und Ziele der Gemeinschaft der Freunde in Wülftenrot.**

Alle Wohnungssuchende, Beamte, Brautleute, junge Eheleute, junge Leute, solche die aus unerquicklichen Wohnungsverhältnissen heraus wollen und nach einem eigenen Heim sich sehnen, sind zu diesem Vortrag herzlich eingeladen.

6,4 Millionen RM. konnten bis jetzt an 390 Sparer zugeteilt werden zu dem billigen Zins von 5 Prozent im Jahr.

Auswärtige die nicht zum Vortrag kommen können, verlangen Auskunft und Unterlagen bei der Gemeinschaft der Freunde in Wülftenrot Oberamt Heilbronn.

Eintritt frei!

# Fragen

Sie | | |  
jeden,

den wir bei Anfertigung seiner Druckarbeiten beraten haben. Er wird bestätigen, daß er von uns in jeder Hinsicht zu seiner Zufriedenheit bedient wurde. • •

Tagblatt-Druckerei

Für die warmen Tage Sommerjoppen für Knaben und Herren helle Washjoppen, Lüsterjoppen in allen Größen zu günst. Preisen! Paul Rüdchle a. Markt, Calw

Zwischen Hirsau und Calw eine Damenuhr gefunden Abzuholen bei J. Baumann in Hirsau.

Empfehle meinen reinen selbstgebrannten Obst- u. Hefe-Branntwein Adolf Siebenrath & Co. K. u. F. u. S.

Heute Einmachkirschen bei F. Sirt unterm Rathaus.

Bezirks-Bienenzüchter-Verein Calw. Der Landesverein hat mit der Verteilung der neuen Einheitshoniggläser (Inhalt 1/2 und 1 kg) begonnen. Bestellungen müssen umgehend durch die Vertrauensmänner an den Unterzeichneten eingeschickt werden. Der Vorstand: J. R. echt.

Städtliche Artikel zur Säuglingspflege Nitter-Drogerie D. E. Altmowski Calw Bahnhofstraße.

Fernsprecher 206. Auto-Zentrale Calw Kirchherr & Wurster Vertretung von Automobilen und Motorrädern • Reparaturwerkstätte An- und Verkauf von gebrauchten Wagen. Fernsprecher 206.

Bubi-Kopf-Pflege Schneiden • Waschen • Ondulieren Friseur Odermatt bei der kath. Kirche